

II-11881 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5802 13

1993 -12- 15

ANFRAGE

des Abgeordneten Anschober, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend AMAG-Milliardendebakel

Nach dem Verantwortungskarussell der vergangenen Wochen, in denen die heiße Kartoffel der Verantwortung für das Milliardenesaster AMAG von den ehemaligen AMAG-Vorständen, den Aufsichtsräten, AI und ÖIAG sowie den verantwortlichen Politikern im Kreis geschoben wird, liegen den Anfragetellern nun der Rohbericht des Rechnungshofes sowie Aufsichtsratsprotokolle der AMAG vor, die ein neues Licht auf den Skandal werfen und neue Fragen stellen lassen.

Um die Verantwortung für das Milliardenesaster Punkt für Punkt raschestmöglich klären zu können, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Die Bestellung Dr. Ehrlichs zum AMAG-Generaldirektor erfolgte 1986 zur Überraschung fast aller AMAG-Insider. Obwohl ein Züricher Personalberatungsbüro bereits eine Vorschlagsreihung der 18 Bewerber erstellt hatte, wurde plötzlich der nicht gereichte Dr. Ehrlich zum Generaldirektor erklärt. Aufgrund welcher Entwicklungen wurde plötzlich das Ergebnis der Züricher Vorwahl nicht mehr beachtet?
2. Wann war die Bewerbungsfrist, wieviele Bewerbungen lagen vor und befand sich am Ende der Bewerbungsfrist Dr. Ehrlich unter den Bewerbern?
3. Wie hoch war das Honorar des Züricher Personalberatungsbüros und zu welchem genauen Datum erfolgte die Bewerbung Dr. Ehrlichs?

4. Kam es in der Folge zu einer Verlängerung der Bewerbungsfristen, um die Bewerbung Ehrlichs noch berücksichtigen zu können? Warum kam es zu keiner Wiederholung des Vorauswahlverfahrens?

5. Kam es in dieser Situation zu irgendwelchen Interventionen für Ehrlich? Wenn ja, durch welche Person? Kam es in dieser Phase zu Interventionen des Bundeskanzlers mit dem Ziel der Bestellung Ehrlichs? Wenn ja, wann und mit welchem konkreten Inhalt?

6. Nach Informationen der Anfragesteller kam es innerhalb der AI im Frühjahr 1992 zu heftigen Diskussionen über die Frage der aktienrechtlichen Entlastung von Dr. Ehrlich für das Geschäftsjahr 1991. Dabei soll es zu mehrfachen Interventionen seitens des Bundeskanzlers für seinen Freund Ehrlich gekommen sein. Liegen dem Minister ähnliche Informationen vor? Kann der Minister derartige Interventionen ausschließen? Wenn nein, wann kam es konkret mit welchem Inhalt zu welcher Intervention? Ist es richtig, daß es zumindest ein derartiges Gespräch des Ministers mit dem Bundeskanzler gab? Wenn ja, wann, mit welchem konkreten Inhalt und welcher Konsequenz?

7. Rudolf Streicher übergab die AMAG im Februar 1986 an Robert Ehrlich mit einer Eigenkapitalquote von rund 30 Prozent, einem Umsatz von zehn Milliarden und liquiden Mitteln von 2,2 Milliarden (laut Streichers Eigenangaben). Laut Rechnungshof informierte Ehrlich schon 1986/87 den Aufsichtsrat, daß "die liquiden Mittel nicht aus dem Cash-flow stammten, sondern durch kurzfristige Verbindlichkeiten finanziert wurden", daß die Bilanzen gehübscht und die Mittel "für Vorsorgen fehlten". Dies bestätigt der RH in seinem Rohbericht: "Dadurch waren nach Ansicht des RH die dem AR genannten Eigenkapitalquoten (1986: 28 Prozent) in Frage zu stellen". Stimmt diese Darstellung, dann hätte Streicher Öffentlichkeit und Eigentümer bei seinem Ausscheiden über den tatsächlichen Zustand der AMAG falsch informiert. Besitzt der Minister Informationen, die die Darstellung bestätigen oder entkräften? Wurde der Minister jemals über derartige Fakten informiert? Wenn ja, wann und mit welchen Konsequenzen?

8. Der RH kritisiert in seinem Rohbericht auch massiv die hohe Abfertigung für Streicher. Trotz des freiwilligen Abgangs erhielt Streicher, ohne Anspruch zu haben, eine Abfertigung von 2,2 Millionen. RH: "Der RH bemängelte die Zuerkennung der Abfertigung, obwohl Dr. Streicher die AMAG freiwillig verlassen hatte. Überdies erhielt er bei der Steyr-Daimler-Puch AG eine volle Anerkennung seiner Vordienstzeiten und eine mehr als doppelt so hohe Bezahlung - nämlich 5,1 Millionen gegenüber 2,1 Millionen - als zuvor." Einziger Grund laut RH für die Abfertigung: "Dies sei ihm vom damaligen Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr sowie vom damaligen Vorstandsvorsitzenden der ÖIAG so zugesagt worden." Wie beurteilt der Minister diese Tatsache? Aus welchem Grund kam es zur oben angeführten Zusage durch Lacina und Grünwald, die durch das Gesetz nicht gedeckt zu sein scheint? Wird seitens des Ministers eine Überprüfung der Möglichkeit einer Rückforderung der zu Unrecht ausbezahlten Mittel eingeleitet?

9. Im RH-Bericht wird die Schuld am AMAG-Debakel in erster Linie in der Person Dr. Ehrlichs gesucht, aber auch massiv Verantwortung bei Michael Sekyra und Oskar Grünwald zugesprochen. Es erscheint den Fragestellern aus diesem Grund durchaus von öffentlichem Interesse zu sein, ob für die Jahre 1990, 1991 und 1992 an diese beiden Personen "Bonifikationen" zuerkannt wurden. Welche Bonifikationen wurden in den genannten Jahren aufgrund welcher Vertragsklauseln und welcher Berechnungsformel an die beiden Personen ausbezahlt? Ist es richtig, daß zumindest Michael Sekyra für das Jahr 1991 auf einen Teil seiner Bonifikation verzichtete und somit eine "Erfolgsprämie" von "nur" knapp einer Million Schilling erhielt? Wie beurteilt der Minister die Optik derartiger Erfolgsprämien bei gleichzeitigen Milliardenverlusten? Wird der Minister entsprechend der Causa Ehrlich auch in diesem Fall Rückforderungsmöglichkeiten prüfen lassen?

10. Im Frühjahr 1992 war die Entlastung Sekyras und Grünwalds für das Jahr 1991 heiß umstritten. Aufgrund welcher Argumente kam es mit welchem Datum im Gegensatz zu Ehrlich doch zu einer Entlastung Sekyras?

11. Heftige Kritik übt der RH in seinem Rohbericht am im März 1989 dem AR vorgelegten Konzernentwicklungsprogramm (KEP): "Das KEP ging von einem überdurchschnittlichen Umsatzwachstum von mehr als 10 % pa und einem überdurchschnittlichen Cash flow von mehr als 10 % des Umsatzes aus ... die finanzielle Vorschau sah Akquisitionen 1989 bis 1995 im Ausmaß von 7,0 Mrd. S und Investitionen am Standort Ranshofen von 1,0 Mrd. S vor, wobei diese Zugänge zu 1,9 bis 2,8 Mrd. S aus Gewinnen und somit der Rest über Fremdkapitalaufnahme finanziert werden sollte Dies ... war für die AMAG eine weitaus zu anspruchsvolle Zielsetzung. Vorstand und AR der AMAG und ÖIAG hätten sich dessen bewußt sein müssen, daß Zielsetzungen dieses Ausmaßes die Ressourcen der AMAG bei weitem überschritten bei den Akquisitionen - soweit der Planung überhaupt zu entnehmen - vermißte der RH die Vorsorgen für nötige und offensichtlich auch vorgesehene Strukturvereinigungen am jeweiligen Standort sowie durch Standortabtäusche samt dem damit zwangsläufig verbundenen hohen Kapitalbedarf als Folgeinvestition der Akquisition in den Anträgen an den AR. Diese zu günstige Darstellung bzw. dieser Gedankenfehler hätte sowohl dem AR der AMAG als auch den Gesellschaftsorganen der ÖIAG/AI auffallen müssen.." Wie beurteilt der Minister diese schweren Vorwürfe gegen AR sowie ÖIAG/AI? Welche Konsequenzen werden daraus gezogen?

12. In der Folge verhärtet der RH seine Kritik an den AMAG-Kontrollorganen und Eigentümergebern auf Seite 25 seines Rohberichtes betreffend KEP: "Die absehbare Risikoausweitung, das offensichtliche Fehlen nötiger Strukturvereinigungen als Folgeinvestitionen, die bekanntermaßen nicht unbegrenzte Finanzierungskraft, fehlendes Know how und fehlende Managementkapazitäten hätten sowohl den AR der AMAG als auch die Organe der ÖIAG grundsätzlich die Zielsetzung des KEP bzw. die Unternehmenspolitik der AMAG ablehnen oder zumindest in Frage stellen lassen müssen. In diesem Sinn hätte auch das Ziel des Vorstandes der AMAG, sämtliche fehlenden Ressourcen, nämlich Know how, Management und Geld überhaupt bzw. wirtschaftlich am Markt einzukaufen, bezweifelt werden müssen ... der AR erteilte jedoch dem KEP mit Stimmenthaltung der drei Belegschaftsvertreter seine Zustimmung. Der RH wies daraufhin, daß zu diesem Zeitpunkt der Vorstand der

AMAG bereits die Zustimmung seines AR und der ÖIAG zum Erwerb von 25,1 % an der AluTeamKGaA, Mayen, zu 50 % an der Frank & Co GmbH., Hemer, zu 50 % an CATs (EPH), an Anteilen der Austria Druckguß GmbH., Gleisdorf, an der Elektrolyse in Portland, an der Haendler & Natermann-Gruppe sowie an der Elektrolyse Alouette erhalten hatte. Auch dem schließlich nicht verwirklichten Projekt Tupack war vom AR bereits die Zustimmung erteilt worden. Insgesamt stellte somit die Vorlage des KEP im AR und dessen Zustimmung dazu keine unternehmenspolitische Planvorgabe dar, sondern letztlich eine zusammenfassende, vorwiegend nachträgliche Begründung von bereits verwirklichten bzw. in Angriff genommenen Einzelschritten. Dementsprechend war eine Diskussion im AR wenig sinnvoll und laut Sitzungsprotokoll auch sehr kurz. Der AR der AMAG sowie Vorstand und AR der ÖIAG hätten diesen Verlauf nicht akzeptieren müssen." Wie beurteilt der Minister diese verheerende Kritik? Wann wurde der Minister, wann wurde das Ministerium erstmals davon informiert, daß bei Erstellung des KEP massivste Mängel vorliegen, die in die unternehmerische Katastrophe führen mußten? Welche Konsequenzen wurden aus dieser Erstinformation gezogen?

13. Die Frage von Schadenersatzforderungen gegenüber weiteren Personen aus AR sowie ÖIAG/AI stellt sich vor allem durch das Kapitel "Verantwortung" auf S. 32 des RH-Rohberichtes: "Der RH mußte feststellen, daß das Ausmaß der Expansion, deren Tempo, die Finanzpolitik (Projektfinanzierung, off balance, parken von Beteiligungen, restriktive Konsolidierung, Steueroptimierung und Veranlagungen) und die Führungspolitik des Vorstandes der AMAG in der Zeit 1986/87 bis 1991 sowohl dem Vorstand der ÖIAG bzw. dem Zentralvorstand der AI, dem AR der AMAG und weitgehend auch dem AR der ÖIAG/AI im großen ausreißend bekannt waren, und zwar dermaßen ausreißend, daß materiell jederzeit und tief genug nachgefragt hätte werden können. In einzelnen Fällen legte der Vorstand dem AR nach Ansicht des RH völlig unzureichende Unterlagen vor. Einzelne AR-Mitglieder bemängelten dies und forderten für später weitere Unterlagen, stimmten aber noch in derselben Sitzung dem Antrag des Vorstands zu. Der damalige Vorstandsvorsitzende der AMAG war nach Ansicht des RH der Motor der Expansion, allerdings mit vollem Rückhalt bzw. aktiver Hilfe seitens des Vorstands der ÖIAG/AI und mit Hilfe des für Finanzen zuständigen Vorstandmitglieds der AMAG, welches die Grenzen des finanziell Machbaren ausreizte ..." Läßt der Minister nach dieser klaren Zuweisung einer massiven Mitschuld am AMAG-Desaster auch Schadenersatzforderungen gegen Sekyra, Grünwald & Co prüfen?

Dazu liegt den Anfragstellern auch ein AR-Protokoll der AMAG vor (15.3.91): "Grünwald erinnert daran, daß sowohl Dr. Sekyra als auch er immer für Akquisitionen gestimmt haben und auch Aufsichtsratsmitglieder dazu ermuntert haben ... Grünwald befürchtet manchmal, daß nicht alles, was erworben wurde, managementmäßig auch wirklich ordentlich beherrscht werden kann. In dieser Situation hat sich die AI verpflichtet, das ist auch im Protokoll der letzten Sitzung sowie in der Schlußfassung beim Erwerb der 49 % an Alu-Team enthalten, im Risikofall für das Unternehmen und für diesen Konzern einzustehen .. wenn ein Risiko eintritt, so wird die Muttergesellschaft dafür geradestehen." Wann wurde das Ministerium von diesen Aussagen informiert? Welche Konsequenzen wurden aus dieser Erstinformation gezogen?

Und schon in der 149. AR-Sitzung vom 11.12.1990 wurde von Grünwald ein Schlüsselsatz formuliert, der nun in der Frage allfälliger Schadenersatzforderungen

wichtig werden dürfte: "... zur Frage der Finanzierung stellt Grünwald klar, daß der Eigentümer sich zu den Akquisitionen und damit natürlich gleichzeitig auch zur Gesamtpolitik der AMAG und des AMAG-Konzerns bekennt ..". Wie beurteilt der Minister diese Aussage angesichts der jüngsten Ereignisse?

14. Diese Verantwortung wird vom RH in seinem Rohbericht noch weiter präzisiert. Seite 22: "Der AR der AMAG war von der ÖIAG/AI geprägt; als Eigentümer bestimmte sie die Mitglieder des AR bzw. waren Vorstandsmitglieder der ÖIAG bzw. des Zentralvorstandes der AI lange Zeit selbst im AR führend vertreten. Über die Konzernführungsrichtlinie konnte der AR nur von der ÖIAG/AI vorgeschlagene Vorstandsmitglieder bestellen. Laut Geschäftsordnung mußte die AMAG für viele Geschäfte erst die Zustimmung des Vorstandes der ÖIAG/AI einholen. somit lag die Entscheidungszuständigkeit in erster Linie beim Vorstand der ÖIAG/AI und erst in zweiter Linie beim AR der AMAG." Aufgrund dieser RH-Darstellung stellt sich die Frage nach dem Informationsfluß zwischen ÖIAG/AI und Ministerium: Wann wurde der Minister/das Ministerium regelmäßig über die wesentlichsten Geschäftsentwicklungen der AMAG im fraglichen Zeitraum informiert? Wenn ja, wann, in welcher Regelmäßigkeit und wie detailliert? Wann wurde der Minister/das Ministerium konkret über die in der Folge der Anfrage thematisierten großen Kaufprojekte der AMAG jeweils informiert?

15. Wie beurteilt der Minister die Konzernführungsrichtlinien und die Geschäftsordnung und welchen Reformbedarf der Struktur einer zukünftigen Kontrollfunktion sieht er angesichts der folgenden Schilderungen des RH-Rohberichtes: "... Die in wesentlichen Angelegenheiten praktisch meist zuvor eingeholte Zustimmung der ÖIAG/AI zu Anträgen des AMAG-Vorstandes an seinen AR und die später noch notwendige Zustimmung des AR der ÖIAG und AI führten nach Ansicht des RH zu einer teilweisen Aufweichung des Verantwortungsbewußtseins der befaßten Gremien. Einerseits erwartete der AR der AMAG vorherige AI-Zustimmung vor der eigenen Beschlußfassung bzw. schob er die Verantwortung seinem Präsidialausschuß zu. Andererseits berief sich der AR der ÖIAG/AI fallweise auch auf Beschlüsse des AR der AMAG. Letztlich setzte sich dabei stets die Linie des Vorstandes der ÖIAG bzw. des Zentralvorstandes der AI durch."

16. Heftig kritisiert der RH auch die Rolle des Verstaatlichtenministers - etwa auf Seite 34 des Rohberichtes: "Insgesamt vermißte der RH auch eine "Beteiligungspolitik" der Republik Österreich". Wie beurteilt der Minister diese Kritik und welche Konsequenzen für die zukünftige österreichische Industriepolitik leitet er daraus ab?

17. Wie beurteilt der Minister die Tatsache, daß im Rahmen des KEP 1989 die AMAG gezielt und offen mit "Steuerschonung" spekulierte und dies anschließend auch durch AMT sowie durch weitere Briefkastenfirmen auf den Cayman Islands, auf Curacao und in der Schweiz verwirklichte? Um welche konkreten Briefkastenfirmen handelt es sich? Existieren diese nach wie vor weiter? Welche Summen flossen jeweils über diese Firmen? Welche Steuermenge ist dadurch der Republik entgangen?

18. Ist dem Minister bekannt, daß - wie der RH formuliert- "die AMAG aufgrund der Anfang 1993 laufenden steuerlichen Betriebsprüfung mit Steuernachzahlungen in dreistelliger Millionenhöhe rechnet? Kam es bereits zu einer Zahlungsaufforderung? Wenn ja, wann und in welcher Höhe?

19. Ist dem Minister bekannt, daß die AMAG in Luzern die Tochterfirma AMT (Austria Metall Trading AG) betrieben hat, über deren Konten alle Aluminiumlieferungen aus Australien und Hamburg gelaufen sind und über dies "Steuerschonung" durch eine offensichtliche Briefkastenfirma der Republik jährlich Steuereinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe entgangen ist? Seit wann ist der Minister/das Ministerium über die kuriose Praxis informiert? Welche Maßnahmen wurden wann mit welchem Ergebnis gesetzt?

20. Wann wurden im Zeitraum seit 1986 über die AMAG Controller-Berichte erstellt? War der Minister jeweils über den Inhalt dieser Berichte informiert? Wurden durch diese Berichte Warnungen über das untragbare Risiko des KEP oder diverse Verdachtsmomente formuliert? Wenn ja, welche im Detail und wie reagierte der Minister darauf? Wenn nein, wie beurteilt der Minister die Qualität dieser Arbeiten?

21. Laut RH beteiligt sich die AMAG 1987 mit einer Einlage von 40 Mio. S als echter stiller Gesellschafter an der Manfred Kantor GIS-Leasing Wien. Der Beteiligungsvertrag wurde erst 1992 aufgelöst. Gleichzeitig beabsichtige die Manfred Kantor Mobiliens-Leasing 1990 den Kauf der Ranshofener Elektrolyse-Öfen, deren Weitervermietung an die IVW (Industrieverwertung), die damit Rohstoffe produzieren sollte. Diese sollten wieder an die AMAG verkauft, gleichzeitig von der IVW die bald nötige Entsorgung und Abwrackung, die durch den Verkauf der Liegenschaften finanziert werden sollte, durchgeführt werden. Das undurchsichtige Geschäft soll zwar vertraglich abgeschlossen, jedoch kurzfristig danach wieder gekündigt worden sein. Welche Informationen besitzt der Minister/das Ministerium über dieses Karussell?

22. Laut RH gab es bei der AMAG im Oktober 92 nicht weniger als 390 Dienstautos - womit 16 % der Angestellten über einen Dienstwagen verfügten. Welche Einsparungsmaßnahmen wird der Minister in diesem Bereich fixieren?

23. Im Mittelpunkt der Kritik des RH-Rohberichtes steht der Erwerb der Aluminium-Gießerei Villingen. Dem Kauf des Unternehmens lagen drei Bewertungsgutachten zugrunde: ein Ertragswertgutachten der AMAG kam auf einen Firmenwert von 30 bis 35 Mio. DM. Ein Mittelwertgutachten ermittelt 60 bis 65 Mio. DM. Und eine Studie von Boston consulting errechnete 60 Mio. DM. Die AMAG jedoch bezahlte 97 Mio. DM. Insgesamt beliefen sich laut RH die "Aufwendungen für Erwerb und Verkauf der AGV innerhalb von nur zwei Jahren auf 1,5 Milliarden Schilling". Wann wurde der Minister/das Ministerium erstmals über die Details des Kaufes sowie über die massive Überzahlung informiert? Welche Aktivitäten setzte er anschließend?

24. Ebenso massiv überbezahlt war laut RH-Rohbericht der Erwerb der Alu-Team-Gruppe. Insgesamt zahlte die AMAG dafür 168 Mio. DM - laut RH die mehr als doppelte Summe des später errechneten Wertes.

Wann wurde der Minister/das Ministerium erstmals über die Details des Kaufes der Alu-Team-Gruppe sowie über die Überzahlung von mehr als einer Milliarde Schilling informiert? Welche Aktivitäten setzte er anschließend?

25. Unter Generaldirektor Dr. Rudolf Streicher produzierte die AMAG für die damalige DDR-Luftwaffe in den Jahren 1982 bis 1986 "Humanzentrifugen". Gleichzeitig soll es nach Berichten der oberösterreichischen Krone zum Schmuggel von modernsten US-Computern gekommen sein. Beide Geschäfte stellten einen schweren Verstoß gegen die Embargo-Bestimmungen (Cocom) und damit auch gegen das Außenhandelsgesetz dar. Seit wann ist der Minister/das Ministerium über diese Geschäfte informiert? Ist es richtig, daß der damalige GD Dr. Streicher diese Geschäfte auf Ministerebene abwickeln ließ? Wenn ja, wann kam es von wem zur Geschäftsanbahnung? Wer führte wann den Geschäftsabschluß durch? War zum damaligen Zeitpunkt unbekannt, daß es sich dabei um einen schweren Verstoß gegen das Embargo-Gesetz handelte? Wurden das Ministerium/der Minister oder die AMAG in diesem Zusammenhang jemals mit Recherchen des Innenministeriums bzw. der oberösterreichischen Sicherheitsdirektion konfrontiert? Wenn ja, wann genau und mit welchem Ergebnis?

//